

seinem Rechenschaftsbericht zur Jubiläumstagung des Zentralaussschusses mit aller Sorgfalt offengelegt und auf die Formel gebracht, daß sich die Mitgliedskirchen eigentlich in den vergangenen 25 Jahren wenig geändert hätten. Er berief sich auf den orthodoxen Theologen *P. Vergheese*. Danach hätten die orthodoxen Kirchen „die Bedeutung ihrer Mitgliedschaft sicher nicht bis zu Ende durchdacht“, und es sei ebenso fraglich, ob „die Reformationskirchen die Reflexion über diesen Punkt hinreichend vertieft haben“. Potters Sorge gilt einem „*konservativen Ge-schlag*“ seitens aller an ihren Traditionen festhaltenden Gruppen, d. h. der klassischen Vertreter von Faith-and-Order, der Evangelikalen wie auch derer, die christlichen Ideologien anhängen. In dem Zusammenhang beklagte er auch das Dokument „*Mysterium Ecclesiae*“. Liest man heute seinen Bericht noch einmal nach, so wird einem erst richtig bewußt, was auf dem Spiel steht und auch, daß die Ostpolitik des Vatikans zur Beunruhigung des ÖRK beiträgt.

Wieweit helfen nun die Antworten von Bad Saarow zur Überwindung der Krise, soweit sie die Ostkirchen betrifft? Der Brief an Patriarch Pimen ist von *M. M. Thomas* unterzeichnet, Vorsitzender des Zentralaussschusses. Er stellt nur den ersten Schritt dar. Denn Thomas weist darauf hin, daß demnächst eine kleinere Kommission nach Sagorsk reist, um alle im Brief behandelten Fragen genauer durchzusprechen. Er schlägt vor, eine größere Kommission solle im Sommer folgen, um die für Djakarta vorbereiteten Dokumente zu beraten und, wenn möglich, während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion Gemeinden der Russisch-Orthodoxen Kirche zu besuchen, um ihre Spiritualität kennenzulernen.

Die Idealisierung des sozialistischen Systems übergeht Thomas. Er bemüht sich, vor allem die Einwände gegen das Ergebnis der Weltmissionskonferenz von Bangkok zu widerlegen. Er dankt dem Patriarchen für die brüderliche Kritik, betont seine Zufriedenheit da-

mit, daß Pimen das Eingehen des ÖRK auf die Nöte dieser Welt grundsätzlich gutgeheißen habe. Er meint aber, die „vertikale“ Dimension sei in Bangkok durchaus präsent gewesen, und fragt dann, ob es einen Sinn habe, zwischen „horizontal“ und „vertikal“ derart zu unterscheiden, wie es die Orthodoxen tun. Denn in der Person Jesu Christi sei dieser Unterschied aufgehoben. Er bekennt mit Pimen die bleibende Gültigkeit des Evangeliums, erinnert jedoch daran, daß jede Generation es neu und lebendig interpretieren müsse. Er gibt gerne zu, daß „die Heilserfahrung keineswegs nur in einer gerechten Gesellschaft gemacht werden kann... Das kostbarste geistliche Erbe haben uns wahrscheinlich jene hinterlassen, die um ihres Glaubens willen gelitten haben.“ Der Brief will den Dialog entspannen und erwartet die Lösung des Konflikts von den weiteren Konsultationen in Sagorsk.

Der ÖRK soll ein Werkzeug bleiben

Ähnliches gilt für das Antwortschreiben, das Generalsekretär *Philipp Potter* an Patriarch *Dimitrios* gerichtet hat. Auch er geht auf dessen Einwände

Humane vitae und das Weltbevölkerungsjahr

Anlässlich des Besuches der beiden Verantwortlichen für das Weltbevölkerungsjahr 1974 und die für August in Bukarest geplante Weltbevölkerungskonferenz am 28. März im Vatikan machte Papst *Paul VI.* in einer Ansprache erneut seine Position hinsichtlich der Bevölkerungsproblematik deutlich. Viele Aussagen entsprachen fast wörtlich einem vom päpstlichen Familienkomitee ausgearbeiteten und bereits im Oktober vorigen Jahres vom Staatssekretariat über die Apostolischen Nuntien und Delegaten an die Bischofskonferenzen weitergeleiteten Dokumente mit direktem Bezug zu

ein und versucht, sie zu überwinden, und zwar auf derselben Basis wie *M. M. Thomas*, daß in Jesus Christus die Unterschiede von „horizontal“ und „vertikal“ aufgehoben sind. Unbeantwortet bleibt hingegen die Forderung, christliche Gemeinschaften ohne ekklesiologische Qualität zurückzustellen und vor allem die römisch-katholische Kirche in den Rat aufzunehmen. Selbstverständlich dürfe der ÖRK nur das Werkzeug der Kirchen bleiben und keine eigene Kirche sein wollen, er müsse sogar „auf sein eigenes Abtreten hinarbeiten“ durch konsequente Anwendung der konziliaren Praxis und durch die Führung eines konziliaren Lebens. Leider bestehe „die *ernste Gefahr*, daß die Suche nach der Einheit über das Stadium der Suche nicht hinauskommt“. Die Einheit der Kirche sei so wichtig wie die Sorge um die Nöte der Menschen. Einseitige Akzente seien am ehesten zu vermeiden durch eine „in Jesus Christus verankerte Anthropologie“. Sowohl Potter wie Thomas vermeiden es, einen Hintergrund der orthodoxen Einsprüche zu berühren: so auch die wachsende Aktivität der römischen Kurie, die zur Zeit das ökumenische Gespräch stärker auf die hierarchische Struktur der universalen Kirche hinlenkt.

den beiden die Bevölkerungsthematik betreffenden Ereignissen dieses Jahres. Nach Veröffentlichungen in Belgien hat inzwischen auch die englische katholische Wochenzeitung „*The Tablet*“ (am 16., 23., 30. März 1974) dessen Wortlaut verbreitet.

Der von *Antonio Carillo-Flores*, dem Generalsekretär der Weltbevölkerungskonferenz, und *Rafael Salas*, dem verantwortlichen Exekutivdirektor für das von den Vereinten Nationen proklamierte Weltbevölkerungsjahr, gewünschte Besuch beim Papst verlief nicht ganz im Sinne der Besucher. Wegen einer Erkrankung des Papstes

kam es nicht zu dem erwarteten Gedanken austausch. Statt dessen überreichte Kardinalstaatssekretär *Jean Villot* bei einem Empfang der Gäste den Wortlaut der ursprünglich geplanten Ansprache (vgl. *Osservatore Romano*, 30. 3. 74). Dabei dürfte ein wichtiger Beweggrund für den Wunsch nach einem Zusammentreffen mit dem Papst die sehr starke Distanzierung Roms von den Aktivitäten im Rahmen des Weltbevölkerungsjahres gewesen sein, wie sie in dem Dokument vom Oktober vorigen Jahres zum Ausdruck kommt.

Bekräftigung durch den Papst

In seiner Ansprache erwähnte der Papst zu Anfang, daß der Hl. Stuhl mit großem Interesse die Bemühungen der internationalen Gremien zur Förderung von Gerechtigkeit und Frieden begleite und ihn die zahlreichen Arbeiten im Hinblick auf das Weltbevölkerungsjahr „nicht uninteressiert lassen“ könnten. Dieser sehr zurückhaltenden Formulierung folgte der Hinweis, daß die beiden Ereignisse bei aller Schwierigkeit, Lösungen für die Probleme zu finden, doch besonders wichtige Gelegenheiten darstellten, „die öffentliche Meinung für die Bedürfnisse der Einzelnen wie der Völker hellhörig zu machen“. Wie die weiteren Ausführungen zeigen, bedeutete diese Einschätzung des Unternehmens noch keineswegs eine Unterstützung. Denn ebenso wie in dem Dokument für die Bischofskonferenzen wurde bei dieser Gelegenheit wieder mehrmals vor der Gefahr gewarnt, daß im Sog der Diskussionen und Vorschläge zur Problematik des Bevölkerungswachstums, die in diesem Jahr zu erwarten seien, Druck auf die Kirche oder Aufweichungstendenzen folgen könnten. So hieß es in dem Dokument, es sei eine wichtige Aufgabe, darauf zu achten, daß all die, „die im Namen der Kirche sprechen, sei es, daß sie der Hierarchie oder offiziell anerkannten Organisationen angehören oder sich als katholische Theologen präsentieren“, von „den großen Linien der von

der Kirche gelehrten Ethik“ leiten lassen. Selbst wenn vorherrschende Meinungen noch so attraktiv sein sollten, dürften sie sich diesen nicht einfach anschließen oder Hypothesen zustimmen, durch die das Problem auf eine „rein wirtschaftliche oder statistische Kontroverse“ reduziert werde. Ausdrücklich wurde auf „eine Gefahr von großer Bedeutung“ aufmerksam gemacht. Das Weltbevölkerungsjahr dürfte nicht als Gelegenheit benutzt werden, um Konzepte zu entwickeln, die von denen des kirchlichen Lehramtes abweichen, oder um z. B. von seiten katholischer Organisationen oder Spezialisten Erklärungen abzugeben, die man als „katholischer Standpunkt“ oder „quasi-offizielle Position der Kirche“ deklariert, obwohl sie lediglich die private Meinung der Autoren wiedergeben. Aus solchen Veröffentlichungen könne sowohl bei den Gläubigen als auch bei den Verantwortlichen der Vereinten Nationen Verwirrung entstehen.

In der Papstansprache hieß es zum gleichen Punkt, die Lehre der Kirche dürfe sich „nicht von den Behauptungen einzelner Persönlichkeiten oder Gruppen beeinflussen lassen, die vorgeben, die Position der Kirche wiederzugeben, obwohl sie bestimmte wesentliche Punkte der Lehre des zuständigen Lehramtes auslassen“. Durch einen Verweis auf die Konstitution „*Gaudium et spes*“ sowie die Enzykliken „*Populorum progressio*“ und „*Humanae vitae*“, deren Prinzipien er im einzelnen nicht wiederholen wolle, und den Zusatz, daß kein Druck die Kirche veranlassen dürfe, „auf Kompromisse in der Lehre auszuweichen oder auf kurzfristige Lösungen“, erteilte der Papst all denen eine Absage, die „versucht sind zu glauben, der Moment sei gekommen zur Überprüfung der Position der Kirche“ in dieser Frage. Entgegen mancher Feststellung in der Tagespresse, der Papst habe in seiner Ansprache erneut ausdrücklich den Gebrauch empfängnisverhütender Mittel verboten, läßt sich eine solche Aussage aus dem Wortlaut nicht entnehmen. Der Papst unterstrich dann aber von neuem und wiederholt „Hu-

manae vitae“ und warnte diejenigen, die angesichts des großen Umfangs der Problematik resignieren und „wünschen, das Anwachsen der Bevölkerung durch radikale Maßnahmen zu hemmen, durch Maßnahmen, die nicht selten im Widerspruch stehen zu den Gesetzen, die Gott in die menschliche Natur eingepflanzt hat, und die der Würde des menschlichen Lebens und der menschlichen Freiheit nicht Rechnung tragen. Solche Maßnahmen beruhen in manchen Fällen auf einer materialistischen Auffassung von der Bestimmung des Menschen“.

Der Papst begründete seinerseits, warum die Kirche ihrerseits sich mit Bevölkerungsproblemen zu befassen habe. „Aus Treue gegen ihre eigene Sendung“ und aus der „Verpflichtung für die Förderung des Gesamtwohls des ganzen Menschen und aller Menschen“ heraus und weil sie „Trägerin einer Offenbarung“ sei, müsse die Kirche ein großes Interesse für alles haben, was dem Menschen dienen kann. Mit Sorge allerdings erfülle sie alles, was „die angeborene Würde und Freiheit der menschlichen Person in Frage stellen kann“. Er wisse sehr gut, fügte der Papst hinzu, welche dringenden Aufgaben die wachsende Bevölkerungszahl stelle. Die Probleme des Hungers, der Gesundheit, der Erziehung, der Wohnungsbeschaffung und Beschäftigung würden angesichts dieser Entwicklung sicherlich immer größer werden. Als „einzige Lösung“ dieser Probleme komme nur eine Berücksichtigung aller konkreten Faktoren wie „Forderung der sozialen Gerechtigkeit, Ehrfurcht vor den göttlichen Lebensgesetzen, Würde der menschlichen Person, Freiheit der Völker, primäre Rolle der Familie, Eigenverantwortung der Ehepartner“ in Frage. Von den Problemen heißt es, sie hätten sicherlich ihre wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte, seien aber vor allem menschliche Probleme. Deshalb forderte der Papst, jedes Bevölkerungsprogramm müsse im Dienst der menschlichen Person stehen, jede Bevölkerungspolitik müsse die Würde und die Festigkeit der Institution der Familie gewährleisten. Dem Belieben der staat-

lichen Autorität wird im Hinblick auf die Anzahl der Kinder eines Ehepaars eine völlige Absage erteilt. Dieser staatlichen Autorität gesteht der Papst lediglich zu, sie könne „natürlich in den Grenzen ihrer Zuständigkeit tätig werden, indem sie eine entsprechende Information ermöglicht und vor allem mit geeigneten Mitteln die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt fördert...“

Kernfrage verdrängt?

Mit großem Optimismus und mit dem Hinweis auf die Hoffnung als „Grundhaltung der Kirche in diesem Jahr der Bevölkerung“ verdrängte der Papst die Kernfrage, wie das Wachstum der Bevölkerung gebremst werden kann. Die Weltgeschichte habe gezeigt, „daß der Mensch imstande ist, auf die Fragen, die sich ihm stellen, die richtigen Antworten zu finden, wenn er alle seine schöpferische Kraft und die Fähigkeiten seines Geistes und seines Herzens in aufrichtiger Zusammenarbeit zum Wohl seiner Brüder und Schwestern einsetzt, um für alle ein wirklich menschenwürdiges Leben in Freiheit und Verantwortung zu gewährleisten“. Man könne von der Gewißheit ausgehen, „daß sich der Bereich dessen, was möglich ist, stets erweitert, wenn man mit Gott voranschreitet“. Die Frage nach einer Verminderung des Wachstums der Bevölkerung stelle sich demnach nicht mehr, wenn der sozialen Gerechtigkeit mehr Platz eingeräumt werde: „Wenn die Schätze der Erde gleichmäßiger verteilt werden, wenn die Bedürfnisse der weniger Privilegierten bei der Verteilung der Reichtümer unseres Planeten einen wirklichen Vorrang erhalten, wenn die Reichen — einzelne wie Gruppen — ernsthaft neue Anstrengungen unternehmen, um den Ärmsten zu helfen und ihr Vermögen zu deren Gunsten zu investieren.“ Diese idealistische Auffassung könnte ebenso aus einem Diskussionspapier über humanitäre Fragen und internationale Kooperation der Vereinten Nationen stammen und erinnert in erstaunlicher Übereinstimmung an die bisherigen Äußerungen

chinesischer Delegierter zum Problem des Weltbevölkerungswachstums.

Das Dokument vom Oktober enthält zusätzlich noch verschiedene Appelle an die Bischofskonferenzen, die Laien und die katholischen Massenmedien. So sind die Bischöfe aufgerufen, die Richtungen der Diskussionen über die Bevölkerungsproblematik genauestens zu verfolgen und „ein Urteil über den moralischen Aspekt der verschiedenen Initiativen zu fällen, um so die Christen vor der Gefahr einer einseitigen Orientierung zu schützen. Die Laien sind aufgerufen, in ihrem Lebensbereich und Beruf die kirchliche Lehre zu Wort kommen zu lassen. Von den Medien wird erwartet, daß sie „eine objektive Information über die Fakten und Probleme ebenso wie eine treue Darbietung der Lehre der Kirche zur Bevölkerungsfrage“ bringen.

Differenzierte Positionen

Doch sind die beiden vatikanischen Dokumente bei weitem nicht die einzigen kirchlichen Äußerungen zum Weltbevölkerungsjahr. Neben einer ausführlichen Dokumentation der päpstlichen „Justitia et Pax“-Kommission häufen sich die Erklärungen einzelner Bischofskonferenzen und Organisationen. Besonders aus den am stärksten betroffenen Ländern Asiens und Lateinamerikas, aber soeben auch aus Südafrika, kommen bischöfliche Verlautbarungen, die von den päpstlichen Äußerungen beträchtlich abweichen, die die Problematik sozialer Gerechtigkeit und Eindämmung des Bevölkerungswachstums im Zusammenhang nicht getrennt darstellen und in

bezug auf die Geburtenregelung größere Offenheit zeigen, wobei lediglich Abtreibung und Sterilisation ausgenommen werden. Auch von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz gibt es ein leider bisher noch nicht veröffentlichtes Dokument über „Die verantwortliche Steuerung der Bevölkerungsbewegung in der Welt“, das bereits Mitte vorigen Jahres von einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz ausgearbeitet wurde. Dieses Dokument zeichnet sich durch eine mit statistischen Angaben versehene klare Darstellung der Analysen, Prognosen und Ausblicke aus. In den dem statistischen Teil folgenden Erläuterungen der Prinzipien und Normen heißt es u. a., die Frage der sittlichen Bewertung der Empfängnisverhütung und ihrer Methoden werde von vielen Christen auch nach „Humanae vitae“ als schwierig empfunden. Das Gewissen von Mann und Frau könne und müsse jedoch in konkreten Situationen seine Entscheidung zu verantwortbaren Formen der Steuerung ehelicher Fruchtbarkeit finden. Familienpolitische Maßnahmen müßten eine zusätzliche, nicht zu unterschätzende Hilfe bieten. Ferner heißt es, die in „Humanae vitae“ ausgesprochene Erwartung, die dort ungelöst gebliebenen Probleme in Zusammenarbeit von theologischen und profanen Wissenschaftlern zu klären, lasse es angebracht erscheinen, von Zeit zu Zeit Zwischenbilanzen über die erreichten Entwicklungen und Fortschritte sowohl in der Theorie wie in der Praxis der Kirche vorzulegen. Dies sei schon allein wegen der differenzierten Stellungnahmen verschiedener Bischofskonferenzen erforderlich.

In Österreich: Weiter Widerstand gegen die Fristenregelung

Verschiedene rechtliche und politische Umstände haben es in Österreich zu einem in mehrere Etappen gestaffelten Widerstand gegen die Durchsetzung der Fristenregelung durch die Mehrheit der sozialistischen Regierungspartei im

Parlament kommen lassen. Im Zusammenhang mit der Reform des gesamten österreichischen Strafgesetzbuches, die im gesamten vom breiten Konsens aller drei im Nationalrat vertretenen Parteien getragen wurde, ist im No-